

Vereinbarung: Ein neuer Ansatz für Landau

Die Stadtratswahl am 9. Juni 2024 hat zum Ergebnis, dass die bisher bestehende Koalition – und damit die den Stadtvorstand tragenden Parteien - keine Mehrheit mehr besitzt. Dies erfordert neue Herangehensweisen in den nächsten fünf Jahren.

Die unterzeichnenden Parteien vereinbaren eine punktuelle Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushalts und ausgewählten Themen.

Besetzung des Stadtvorstandes und Aufgabenwahrnehmung

In Zeiten einer angespannten Haushaltslage müssen auch die Ausgaben für Personal kritisch hinterfragt werden. Das nimmt die Besetzung des Stadtvorstandes nicht aus. Deshalb begrüßen wir es, dass es neben den drei hauptamtlichen Dezernenten keinen ehrenamtlichen Beigeordnetenposten mehr geben wird.

Die unterzeichnenden Fraktionen unterstützen keine Initiativen der AfD und wollen der AfD-Fraktion keine politische Plattform geben.

Verfahren Haushalt

Der Haushalt ist eines der wichtigsten Planungsinstrumente der Stadt. Um Handlungsfähigkeit und Stabilität zu gewährleisten, vereinbaren die drei Fraktionen, dass ein **gemeinsamer Haushalt** erstellt wird. Dies geschieht unter Berücksichtigung folgender Verfahrensschritte:

Das Aufstellungs-Verfahren beginnt mit dem **Haushaltsrundschreiben** des OB an alle Verwaltungsteile, das erste finanzwirtschaftliche Rahmendaten nennt und alle Ämter und Dezernate auffordert, ihre Bedarfe für das nächste Jahr sowie die zu erwartenden Erträge oder Einzahlungen anzumelden.

Parallel zum Haushaltsaufruf wird es ein **Gespräch Stadtvorstand, SPD, CDU und FWG** geben, in dem wichtige Eckpunkte der SPD, CDU und FWG erörtert und an die Ämter weitergeleitet werden. Die Ergebnisse fließen in den **Rohentwurf** des Haushalts (Synopse Einnahmen/Ausgaben).

Dieser **Verwaltungsentwurf** kommt im Rahmen des Haushaltsvorgesprächs zum:

→ **OB**, dann in den

→ **Stadtvorstand**, erweitert um die **SPD, CDU und FWG** unter Beteiligung der zu befassenden Ämter mit in der Regel zwei Sitzungen (jeweils halbe Tage), das heißt, auch die

→ zweite Beratung erfolgt im Kreis **Stadtvorstand**, erweitert um die **SPD, CDU und FWG** unter Beteiligung der zu befassenden Ämter. Danach kommt der Entwurf in den

→ **Ältestenrat** mit ebenfalls in der Regel zwei Sitzungen.

Punktuelle Inhaltliche Zusammenarbeit:

Bürgerbeteiligung:

Wir setzen eine Planungszelle bzw. einen Bügerrat zur Erstellung des Verkehrskonzeptes für die Wollmesheimer Höhe ein, vorausgesetzt, der Beteiligungsrat unterstützt dies.

Staddörfer:

Wir werden die Staddörfer und den/die Ortsvorsteher/-in stärken, z.B. mit mehr Entscheidungskompetenzen und Befugnissen in den Bereichen Benennung von Straßennamen, Verkehrsregelungen, Vergabe von Aufträgen sowie einem höheren Zeitkontingent für die Gemeindearbeiter.

In jedem Sitzungsraum für die Ortsbeiräte wird es zukünftig WLAN geben.

In jedem Staddorf wird es die Option der Festlegung eines Sanierungsgebietes geben, sofern es vom jeweiligen Ortsbeirat und dem/der Ortsvorsteher/-in gewünscht ist

Mittagsverpflegung:

Wir stellen Mittel für eine externe Prüfung einer zentralen Schulküche bereit.

Sozialer Zusammenhalt:

Wir ziehen die Planung und Umsetzung der Maßnahme zur Umgestaltung des Danziger Platzes aus dem Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ auf den frühestmöglichen Zeitpunkt nach vorne.

Kitas:

Unter Einbezug aller relevanten Akteure wollen wir eine zentrale Vergabe der Kitaplätze entwickeln.

Wir erkennen die Bedeutung der Kitasozialarbeit an und werden prüfen, ob diese durch eine personelle Aufstockung gestärkt werden kann.

Innenstadt:

Wir beauftragen die Verwaltung, eine Verwaltungsrichtlinie zu erlassen, in der geregelt wird, wer, wann und aus welchen Gründen den Innenstadtbereich bzw. die Fußgängerzone befahren darf und kann.

ÖPNV:

Die VRN-Flexline wird im Rahmen der aktuellen und zukünftigen Ausschreibung ausgebaut und erweitert.

Baustellenmanagement:

Die Verwaltung wird ein Konzept zur zeitlichen und örtlichen Steuerung der Baustellen vorlegen. In diesem Zusammenhang wird auch der Ausbau der Wollmesheimer Straße überprüft.

Bauleitplanung:

Wir werden die Bauleitplanung sukzessive vorantreiben, um eine klimagerechte Innenentwicklung zu ermöglichen und Baulücken gerade auch in den Staddörfern schließen zu können. Dazu wird eine Prioritätensetzung entwickelt, um die zeitliche Umsetzung der zu überplanenden Gebiete zu koordinieren.

Sicherheit im öffentlichen Raum:

Wir beauftragen die Verwaltung, die Möglichkeit einer Videoüberwachung am Hauptbahnhof zu überprüfen. Darüber hinaus wird ein Konzept zum Umgang mit Angsträumen erstellt, das insbesondere das Thema Beleuchtung in den Fokus nimmt.

Bürgernahe Stadtverwaltung:

Wir beauftragen die Verwaltung, Handlungs- und Ablaufleitpläne für städtische Antragsverfahren, konkret im Bau- und Ordnungsamt inklusive der Ausländerbehörde zu entwickeln.

Finanzen:

Wir orientieren uns bei der Festsetzung der Gewerbe- und Grundsteuer B am Mittelwert der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz.

Landau, der 8. Juli 2024


Dr. Dominik Geißler


Florian Maler


Ralf Eggers


Dr. Gisela Katvoda


Paule Albrecht


Oliver Blanz


Michael Dürphold